



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/255 - 4. November 1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 14 31-33

Fernschreiber 039 890

Bericht aus Genf (VII)	S. 1
Das unrührliche Ende des "Herrn N.N." / Bericht aus Italien	S. 3
Die "Bundes-Wehr-Korrespondenz" und der Fall Bonin	S. 5
Studenten und die Wiederbewaffnung	S. 6

## Auf dem Scheitelpunkt der Konferenz

P.R. Genf

Es ist kühl geworden in Genf. Noch in den ersten Tagen dieser Begegnung der Aussenminister entsprach heiteres, sonniges Spätsommerwetter den Hoffnungen auf die Neubelebung des im Juni an gleicher Stelle geborenen Geistes von Genf, sogar der Erwartung, dass er bald Früchte tragen werde. Heute ist der Himmel bedeckt, kalt fegt es vom See her über die Stadt und bleiern lasten Skepsis und Unlust auf der politischen Stimmung. Gerade in dem Augenblick, in dem die Konferenz sich ihrem Scheitelpunkt nähert und gleichzeitig der Entscheidung der für uns wichtigsten Frage: Wie soll es mit dem Prozess der Wiedervereinigung weitergehen?

Es i s t ein Prozess. Die Anwälte der wichtigsten Parteien sind die alten, einige haben gewechselt. Die Chancen für eine erfolgreichere Abwicklung der ganzen Materie haben sich nur sehr mässig gebessert. Geblieben sind vor allem Dulles und Molotow. Von Dulles ist bekannt, dass er nur widerstrebend Verständnis für die grosszügige Politik seines Präsidenten, vor allem in Umgang mit den Herren des Kreml, aufbringt. Von Schwung und Begeisterung kann bei ihm vollends keine Rede sein. Zwar zeigt er sich von einer für ihn erstaunlichen Gefühl, aber am Donnerstagabend soll er zum Beispiel in einem kleinen Kreis amerikanischer Journalisten geradezu verzweifelt gewesen sein

über die - 2 -

4.11.1955

Unbelehrbarkeit des russischen Gegenspielers und, vor allem, auch darüber, dass der Westen im Augenblick die Initiative habe abgeben müssen.

Auch sein russischer Gegenspieler ist der alte. Als Ende Juli die praktische Durchführung der Direktiven der Regierungschefs in die Hände einer Aussenministerkonferenz gelegt wurde, und es sofort hiess, für die Sowjets werde wieder Molotow die Verhandlungen führen, war man auf eine ganze Serie neuer kalter Duschen gefasst. Freilich - etwas hat sich auch er der neuen Linie anpassen müssen. Aber seine höflichen Worte wirken noch weniger echt als die seines amerikanischen Kollegen, auch er kann nicht über seinen Schatten springen. Beide sind ausgebrochen harte Männer, schon in ihrer natürlichen Anlage für eine Politik der Entspannung und des Ausgleichs denkbar ungeeignet. McMillan, guten Willens, ist kein Eden, ohne dessen Erfahrung und ohne dessen Kraft zu eigener Initiative, die sich so oft bewährt hat und über einen toten Punkt hinweghalf. Pinay schliesslich nennt man vielfach den Mann "zwischen zwei Zügen", immer bedrängt im Grunde ein anderes Problem ihn stärker und unmittelbarer, eine Regierungskrise, ein Besuch aus Marokko oder was es sonst immer sein mag. Es war ein bezeichnender Zufall, dass er der einzige war, den man einmal ausserhalb des eigenen Konferenzbetriebes als schlichten Bürger seines Landes unterwegs traf - auf dem Bahnhof von Genf, wo er sich in aller Eile am Kiosk ein paar Zeitungen zusammenkaufte.

Im "Angleterre" sitzen die bundesrepublikanischen Beobachter. Um die Ecke, in "Regina", die Herren aus Pankow. Die letztgenannten sind inzwischen von den Russen gross ins Spiel gebracht worden. Sie haben durch ihre Pressekonferenz am Donnerstag ihr gut Teil zur Verschlechterung der Konferenzatmosphäre beigetragen. Ihre Wirkung wird freilich dadurch beeinträchtigt, dass man sie nicht allzu ernst nimmt, sie mehr als eine besonders lautstarke Variante der russischen Tonart empfindet. Das, was sie vorbrachten, hat im Grunde ausserhalb ihres eigenen Kreises niemanden überzeugt.

Die westdeutsche Delegation ist noch nicht an die Öffentlichkeit getreten. Sie unterhält auf einem mittelhohem Level, wie der Fachausdruck heisst, ständige Kontakte mit den Westmächten. Die westdeutschen Journalisten gehen bei ihnen ein und aus, die grosse Frage aber ist bis heute unbeantwortet geblieben: Wird Aussenminister von Brentano

nach Genf kommen? Er selbst möchte es offenbar nicht ungern, aber der Kanzler wie die Westmächte scheinen einer solchen Unternehmung eher abgeneigt. Das wird in deutschen Konferenzkreisen ziemlich allgemein bedauert. Denn gerade der gegenwärtig festgefahrene Stand der Verhandlungen in der deutschen Frage und in etwas geringerer Masse auch in der Sicherheitsfrage lässt es dringend geboten erscheinen, dass die Bundesrepublik an Ort und Stelle und aus dem Munde des Aussenministers dazu etwas sagt, wie man weiterkommen kann. Die sozialdemokratischen Vorschläge zum Beispiel haben sehr deutlich gesagt, wie das in der Sache geschehen könnte. Darüber ist ausführlich berichtet worden. Auch ausländische, insbesondere französische Konferenzkreise sehen darin durchaus geeignete Ansatzpunkte. Seit Donnerstag nehmen übrigens die Chefs der westdeutschen Vertretung oder einer von ihnen an den Sachverständigenberatungen der Westmächte teil, die an jedem Sitzungstag die Zusammenkunft der vier Minister vorbereiten.

Schon zehn Tage einer Konferenz wie dieser sind für alle Teilnehmer ermüdend, vor allem wegen des unfruchtbaren Kreislaufs der Gespräche selbst. Aber ist der bisherige Verlauf wirklich in diesem Umfang so negativ wie es etwa die Meinung der meist missgelaunten Journalisten wahrhaben will? Denn sicher ist doch auch andererseits, dass noch nie in dem Jahrzehnt, seitdem Deutschland zerschlagen wurde, und man sich bemüht, es wieder zusammenzufügen, so konkret über das Wie gesprochen wurde wie diesmal.

Absolut gesehen mag das vor allem im Hinblick auf die grossen Hoffnungen, die man sich vielleicht in Deutschland gemacht, enttäuschend wenig sein, im Hinblick auf die Schwere des Problems bleibt es ein Fortschritt. Genf ist eine harte Schule der Geduld. Die Gefahr ist freilich, dass diese Tatsache zum Vorwand für ein Nachlassen der Anstrengungen gemacht wird. Hier kann vielleicht der Hinweis weiterhelfen, den der britische Aussenminister am Donnerstagabend gemacht hat, als er beschwörend auf die Gefahr eines wachsenden Nationalismus in Deutschland hinwies, wenn nicht bald das Bild eines wiedervereinigten Deutschlands am Horizont sichtbar wird.

Ein Kainszeichen wurde ausgenerzt

PE - Rom, Anfang November

Eine Kommission des italienischen Senats hat vor wenigen Tagen ein seltsames Gespenst zu Grabe getragen. Dieses Gespenst, das auf den Namen "N.N." hörte, war - zumindest nach der Ansicht der italienischen Standesämter - der Vater von etwa zwei Millionen Menschen, die an allen erdenklichen Orten zwischen dem Brenner und Sizilien zur Welt gekommen waren.

Bei der Anmeldung eines jeden unehelichen Kindes, das auf italienischem Boden geboren wird, setzt nämlich der Standesbeamte in die Rubrik "Name des Vaters" den Vermerk "N.N." ein, der soviel bedeutet wie: Vater unbekannt. Da aber in Italien der Prozentsatz unehelicher Geburten erheblich über dem der meisten anderen Länder liegt, beträgt die Zahl der Menschen, die als "Kinder des Herrn N.N." in den Registern figurieren, ungefähr zwei Millionen.

Dieses "N.N." hat jedoch bisher eine Art von Kainszeichen dargestellt, das diese zwei Millionen Menschen immer wieder den beschämendsten Demütigungen im täglichen Leben preisgab. Das italienische Gesetz sah die Anführung des Vatersnamens in so ziemlich allen Personaldokumenten vor, von der polizeilichen Anmeldung über den Reisepass zur Trauungs- und zur Sterbeurkunde. Man wollte auf diese Weise die Unterscheidung zwischen den zahllosen Carlo Rossis, Giuseppe Bianchis, Genaro Espositos und sonstigen Trägern der häufigsten Vor- und Zunamen erleichtern, doch hatte dies zur Folge, dass jeder von den rund 50 000 jährlich neu zuwachsenden "Kindern des Herrn N.N." von der Wiege bis zum Grab immer wieder bei jeder Gelegenheit die Frage nach dem Vatersnamen beantworten und damit jedesmal die uneheliche Geburt eingestehen musste. Alle diese Menschen befanden sich gegenüber dem Schullehrer, der Wohnungsvermieterin, dem Hotelportier, dem Postbeamten, dem Polizisten, dem Bürovorstand, dem Standesbeamten stets von neuem in der peinlichen und beschämenden Situation, den Makel ihrer illegitimen Geburt nicht verheimlichen zu können. Noch auf ihren Totenscheinen war zuletzt unweigerlich zu lesen: "Sohn (oder Tochter) des N.N."

Alle Opfer dieses seltsamen Zustandes haben es mit begreiflichem Enthusiasmus begrüßt, als vor nunmehr sieben Jahren die junge sozialdemokratische Abgeordnete Bianca Bianchi im Parlament einen Gesetzes-

entwurf eintrachte, der auf die Abschaffung des ominösen "N.N." zielte. Nach dem Vorschlag Bianca Bianchis sollten die Standesbeamten in Zukunft bei unehelichen Kindern an Stelle des "N.N." einen fiktiven Vatersnamen einsetzen.

Zwar begegnete selbst diese bescheidene Initiative dem Widerstand gewisser erzkonservativer Kreise, die der Meinung waren, was immer zugunsten der Illegitimen getan werde, beeinträchtige die "Heiligkeit der Familie", aber es gelang den sozialdemokratischen Abgeordneten dennoch, die Annahme ihres Antrags durch die Deputiertenkammer durchzusetzen. Doch ehe das "Lex Bianchi" auch vor den Senat gelangte, wurden beide Kammern des Parlaments aufgelöst, womit auch die Annahme durch das Unterhaus ihre Wirksamkeit verlor.

In dem neugewählten Parlament, dem Signora Bianchi nicht mehr angehörte, wurde ihre Initiative dann von der christlich-demokratischen Deputierten Maria Pia Dal Canton wieder aufgenommen, und wenn es auch noch weitere Jahre erforderte, bis das Gesetz beide Häuser des Parlaments passieren konnte, so ist es jetzt doch endlich so weit: Herr "N.N." ist endgültig das Lebenslicht ausgeblasen worden.

Das neue Gesetz schreibt nämlich vor, dass von jetzt an die Namen der Eltern auf keinem einzigen im praktischen Leben benötigten Dokument mehr erscheinen dürfen, und zwar weder bei ehelich, noch bei unehelich Geborenen. Herr "N.N." wird daher zwar auch weiterhin in den Registern der Standesämter zu finden sein, nicht aber in den Geburtscheinen und sonstigen Schriftstücken, die anderen Personen unter die Augen kommen können. Und da diese Unterlassung der Anführung der Elternnamen bei ehelichen Kindern genau so vorgeschrieben ist wie bei unehelichen, gibt es im Alltag keinerlei Möglichkeit mehr, illegitime als solche aus ihren Papieren zu erkennen. Man darf also ruhig sagen, dass das Kainszeichen getilgt worden ist, das sie bisher bei jedem Schritt ihres Dasein verfolgt hat.

4.11.1955

### Das Rezept: Gefängnis oder Heilanstalt

sp. In die seit Monaten schwelende Auseinandersetzung um den politischen Weg des ehemaligen Blank-Spitzenexperten, Oberst. a. D. Bogislav von Bonin, ist durch den Blank-Wehrpropagandisten Jürgen Hahn-Butry ein Ton hineingebracht worden, der in der deutschen Nachkriegsgeschichte neu ist. In der von ihm geleiteten "Bundes-Wehr-Korrespondenz" kündigt Hahn-Butry den "neuteren" Obersten an, dass er, wäre er Angehöriger der sowjetischen Wehrmacht, wegen vollendeten Landesverrates schon längst zum Tode verurteilt worden wäre. Da aber in der Bundesrepublik diese so einfache Radikallösung bei Bonin nicht - oder etwa: noch nicht? - angewendet werden kann, schlägt Hahn-Butry dem Bundesverteidigungsminister dringend vor, durch Inanspruchnahme der bestehenden Gesetze in "korrekter" Weise den Obersten "zur Raison" zu bringen und dessen "Verleumdungen und landesverräterische Handlungen" mit "aller Schärfe" zu ahnden.

Wir haben hier und jetzt keinen Anlass, uns mit den politischen Vorstellungen und den Reden des Herrn von Bonin zu befassen. Man mag zu ihnen stehen, wie man will. Darüber wird später und in anderem Zusammenhang zu reden sein. Das aber ist ein Ding, und ein anderes sind die unqualifizierbaren Angriffe des Chefredakteurs der dem Hause Blank nahestehenden "Bundes-Wehr-Korrespondenz" gegen einen Mann, der einmal zu den Assen der Blank-Dienststelle gehörte und heute eine Meinung vertritt, die mit der dieses Hauses nicht mehr übereinstimmt.

Hahn-Butry serviert dem von ihm propagandistisch unterstützten Minister zwei Möglichkeiten, um Bonin "zur Raison" zu bringen, oder, um im Jargon zu bleiben, "fertig zu machen". Die eine ist der Weg vor den Kadi: "Es ist Pflicht des Bundesverteidigungsministeriums, mit sofortiger Wirkung eine Anklage wegen Landesverrats zu veranlassen". Diese Möglichkeit sieht Hahn-Butry für den Fall, dass der "verleumderische, hetzerische und das deutsche Ansehen ausserordentlich schädigende" Oberst "im vollen Besitz seiner Geisteskräfte" wäre. Nach Ansicht des Blank-Wehrkorrespondenten - er beruft sich dabei auf

"ehemalige Freunde" Bonins - ist das aber nicht unbedingt der Fall: "Herr von Bonin ist gemütskrank." Für diesen Fall liefert Hahn-Butry eine höchst erstaunliche Dienstanweisung an Blank: "Dann lasse man ihn auf Grund der bestehenden Gesetze von Amts wegen durch erfahrene Ärzte untersuchen und auf Staatskosten zur Wiedernerstellung seiner Gesundheit in ein Sanatorium einweisen."

Entweder ins Gefängnis oder in die Heilanstalt: Auf jeden Fall hinter Gitter! Mit diesem Radikalmittel will der Chefredakteur der "Bundes-Wehr-Korrespondenz" einen Mann mundtot machen lassen, der nicht so denkt, wie in den Kanälen der ministeriellen Wehrpropaganda gedacht wird. Was an diesen Forderungen so bestürzend ist, ist die Fratze der kalten Liquidation des Meinungsgegners. Es geht deshalb um mehr als um den Mann Bonin, es geht hier um das Prinzip der Anständigkeit und Sauberkeit, und es geht darum, dass Leute, die nicht umgelernt haben und offenbar auch nicht umlernen können, ihre Gegner nicht mit Mitteln hetzen dürfen, die in unserer Zeit und in unserem Staat keinen Platz mehr haben. Die Schandschrift des Chefredakteurs der "Bundes-Wehr-Korrespondenz", Jürgen Hahn-Butry, wird hier niedriger gehängt, um jede Wiederholung von vornherein zu verhindern.

+ + +

#### Um das Recht der Kriegsdienstverweigerung

5. Der Streit um die Wiederaufrüstung bewegt vor allem die Studenten, die Jahrgänge zwischen 1934 und 1929. Der Meinungsstreit der Parteien hat sich dabei auf die Studenten übertragen, nur wird er auf den Hochschulen offenbar noch schärfer ausgetragen als anderswo. So haben die sozialistischen Studenten, die im Sozialistischen Deutschen Studentenbund zusammengeschlossen sind, erst jetzt wieder bekräftigt, "dass nunmehr der Kampf gegen die Wiedercawaffung in Ost und West zur Voraussetzung aller sozialistischen Politik geworden ist." Diese klare, entschieden ablehnende Stellungnahme hat sofort nach ihrem Bekanntwerden den Protest des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (die der CDU nahestehende Studentengruppe) ausgelöst, die nun fürchtet, "dass sich im SDS die radikalen Kräfte durchgesetzt haben."

Dieser Verdacht der Radikalität ist es, den die sozialistischen Studenten am entschiedensten von sich weisen. Sie haben ihre Entschei-

ung aus Gewissensgründen getroffen. Sicher ist es nicht richtig, den Kampf gegen die Wiederaufrüstung zur "Voraussetzung aller sozialistischen Politik" zu machen. Voraussetzungen sozialistischer Politik sind Humanität, soziales Empfinden, der Wunsch nach einer Verständigung zwischen allen Völkern. Aber eine derart hitzige Formulierung ist eben in dem Sinne radikal, in dem Jugend radikal ist. Niemand wird unterstellen wollen, dass sich der SDS mit dieser Formulierung von den wirklichen Voraussetzungen sozialistischer Politik entfernt hätte. Das Gegenteil ist richtig, die Voraussetzungen scheinen dem SDS durch die Wiederaufrüstung gefährdet, und er will sie gegen jeden Übergriff verteidigen.

In einer Entschliessung werden die Mitglieder des Sozialistischen Studentenbundes darüberhinaus aufgefordert, Wehrdienst nur zu leisten, wenn sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten. Auch gegen diese Formulierung erheben die CDU-Studenten mit dem Hinweis auf die angebliche Radikalität schwere Bedenken. Dabei ist diese Aufforderung doch nur logisch, wenn in einer Gruppe von der Mehrheit grundsätzlich der Wehrdienst in einem gespaltenen Deutschland abgelehnt wird. Die Entschliessung soll denen, die für sich persönlich eine andere Entscheidung treffen wollen, den Weg offenlassen. Man kann aber einer solchen Entschliessung, die eine wirklich demokratische Haltung der sozialistischen Studenten verrät, nicht mit dem Argument begegnen wollen, dass der Wehrdienst das Normale, die Verweigerung aber das Aussergewöhnliche sei: Wenn der SDS eine derartige Entschliessung seinen Mitgliedern vorlege, fordere er sie damit praktisch zu etwas unzulässigem auf. Im Gegenteil muss doch verlangt werden, dass es für die Gewissensentscheidung der jungen Menschen, die zu den Streitkräften eingezogen werden, eine der Entscheidung für die Streitkräfte gleichgewichtete Alternative gibt: Nämlich die Ablehnung des Kriegsdienstes. Wenn Kriegsdienstverweigerungsrecht Ausnahmerecht sein sollte, wäre das Recht auf Kriegsdienstverweigerung bereits in seinem wesentlichen Inhalt eingeschränkt.

So gesehen sind die Forderungen des SDS also gar nicht radikal, sondern nur vernünftig. Die CDU-Studenten sollten froh sein, wenn in ihren Gruppen ebenso lebendig und konsequent gedacht, gesprochen und gehandelt würde wie bei den Sozialisten. Dann brauchten sie der Auseinandersetzung mit Argumenten nicht auszuweichen. Lieber sollten alle politischen Hochschulgruppen zusammen die Aufgabe übernehmen, die Studenten auf die Problematik des Wehrdienstes hinzuweisen. Die Gruppen sollten sich nicht über die Frage der Wiederaufrüstung verfeinden, weil es auch noch andere politische Probleme auf den Hochschulen gibt, die von ihnen im Zusammenwirken gelöst werden müssen. Niemand verlangt, dass mit Samthandschuhen diskutiert wird; aber es sollte sich nicht die eine Studentengruppe über die andere empören, weil sie zu jugendlich bewegt und zu "radikal" sei. Besser es wird mit Argumenten gestritten und schliesslich doch gemeinsam gearbeitet.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau